

I.
FRIEDEN IN ISRAEL UND PALÄSTINA?
EINE EINFÜHRUNG

Durch den Zusammenbruch des letzten holistischen Weltdeutungssystems avancieren die Menschenrechte immer stärker zum Hoffnungsträger in einer Welt der Diktaturen, der Unterdrückung und des Unrechts. Sie werden dort zu einem Thema, wo Freiheit und Selbstbestimmung der Menschen mißachtet werden. Die Menschenrechtsthematik bewegt das moralische Gewissen wie nur wenige Themen unserer Zeit. Sie besitzt geradezu eine explosive, eine subversive Kraft. Die Menschenrechte sind eine permanente Herausforderung an jede Regierung; sie stellen ein Kontrastprogramm gegenüber überzogenen staatlichen Ansprüchen dar. Durch sie wird politisches Handeln begründet, bestimmt und eingeschränkt. Deshalb hat die Forderung nach der Achtung der Menschenrechte nichts mit Moralisieren zu tun, weil ihre Umsetzung in der politischen Ordnung geschieht. Sie gehören somit der Sphäre des Rechts und der Politik an.

Menschenrechte sind in der Natur des Menschen begründet. Der französische Philosoph Jacques Maritain hat dafür in seinem Buch »Man and the state« eine klassische Begründung geliefert: »Sie sind unveräußerlich, weil sie in der Natur des Menschen gründen, die natürlich niemand verlieren kann.« Die Menschenrechte sind somit kulturübergreifend gültig. Diese Begründung verbietet es deshalb jeder staatlichen Autorität, Individual- und Freiheitsrechte gewaltsam einzuschränken, weil sie der Verfügungsgewalt des Staates entzogen sind; sie sind Rechte des Menschen gegenüber dem Staat. Demzufolge macht sich jede staatliche Autorität einer Verletzung der Menschenrechte schuldig, die die Freiheit des Menschen gewaltsam einschränkt.

Um wieviel mehr trifft dies für einen Staat wie Israel zu, der sich völkerrechtswidrig eines fremden Territoriums bemächtigt hat, seine Bewohner unterdrückt und das Land durch seine eigene Bevölkerung kolonisiert. Die heutige israelische Ministerin Shulamit Aloni, beschrieb die Lage Israels 1991 folgendermaßen: »Falls wir die Entscheidung der Vereinten Nationen akzeptieren, daß das Zeitalter des Imperialismus in der Welt vorbei ist, ha-

ben wir in dem palästinensischen Land nichts zu suchen, beuten es nur aus und unterdrücken es mit militärischen Mitteln.« Die Behandlung der Palästinenser ist »unmoralisch« und fußt auf folgender Philosophie: »Dein ist Mein und Mein ist Mein«, so Aloni.

Die Menschenrechte der Palästinenser werden in den besetzten Gebieten systematisch von Israel verletzt. Dies ist kein singulärer Vorgang, sondern ein permanentes Phänomen, das alle Bereiche des Lebens der Palästinenser berührt. Die Kritik an dieser Verletzung kommt primär nicht aus dem Ausland, sondern israelische Persönlichkeiten und Menschenrechtsorganisationen klagen die eigene Regierung wegen gravierender Verstöße gegen die Rechte der Palästinenser an. Die »Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung« vom 13. September 1993 und das am 4. Mai 1994 in Kairo unterzeichnete »Gaza-Jericho-Abkommen« haben an dieser Situation nichts grundlegendes geändert. Dies ist auch deshalb nicht überraschend, weil Israel über die Palästinenser ein Herrschaftssystem errichtet hat, das qua Existenz unrechtmäßig ist. Die Besetzung und die Form der Beherrschung sind ein gravierender Verstoß gegen das Völkerrecht. Alle von Israel errichteten Siedlungen und der Umzug eines Teils seiner eigenen Bevölkerung in die besetzten Gebiete sind völkerrechtswidrig und werden von der internationalen Staatengemeinschaft auch als solches betrachtet, ohne das diese jedoch dagegen etwas unternimmt. Israel hat bis heute 66 UN-Sicherheitsratsresolutionen, die gegen das Land verabschiedet worden sind, ignoriert.

Engagierte Israelis wie die Rechtsanwältin Felicia Langer, die nach jahrelangem Einsatz für die Rechte der Palästinenser resigniert hat, weil sie im Rahmen des Rechtssystems den Palästinensern nicht mehr helfen konnte, stellte auf der »Folterkonferenz« im Juni 1993 in Tel Aviv fest: »Wenn ein Staat solche Immunität genießt, verliert er alle Hemmungen.« Das israelische Unrecht gegenüber den Palästinensern läßt sich nur durch einen totalen Rückzug aus allen besetzten Gebieten aus der Welt schaffen. Micha Brumlik, Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Heidelberg, kann nur beipflichtet werden, wenn er in seinem Buch »Weltrisiko Naher Osten« schreibt: »Vielmehr war und ist es meine Überzeugung, daß die Art und Weise, in der sich Israel gegenüber den Palästinensern verhält, nicht nur moralisch empörend ist, sondern auch allen Geboten universaler und jüdischer Ethik Hohn spricht, nicht zuletzt deshalb, weil diese Menschenrechtsverletzungen überflüssig und auch durch das kategoriale Gebot der Lebensrettung nicht zu rechtfertigen sind.«

Zu den schärfsten Kritikern der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern gehört der 91jährige Philosoph und orthodoxe Jude Yeshayahu

(Jesaja) Leibowitz. Seit Jahren fordert er junge Israelis auf, den Wehrdienst in den besetzten Gebieten zu verweigern. Seit der Besetzung im Juni 1967 verlangt er die kampflose Preisgabe des palästinensischen Landes, weil andernfalls der jüdische Charakter des Staates gefährdet würde. Wie andere kolonialistische Regime sei auch Israel nicht gegen die korrumpierenden Auswirkungen der Okkupation gefeit. In einem Interview mit der Zeitschrift »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« vom April 1993 vertritt er die These, daß Israel »die Gewaltherrschaft über ein anderes Volk« ausübe. Daß in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebrachte Sicherheitsargumente sei »eine bewußte Lüge«,.... »nur ein Vorwand«, weil es in der Geschichte keinen Fall gebe, wo eine Eroberung zur Sicherheit nötig gewesen sei. Durch das zum Dogma erhobene Unsicherheitsgefühl rechtfertigt aber die politische Klasse in Israel alle antidemokratischen und menschenrechtswidrigen Maßnahmen gegen die Palästinenser, obwohl durch die moderne Waffentechnik dabei der Besitz von Territorium eine immer unbedeutendere Rolle spielt. Die Berufung auf die Sicherheit hat sich als ein bequemes Instrument zur Unterdrückung der Palästinenser erwiesen; dies wird auch in dieser Untersuchung dokumentiert. Das Sicherheitsargument wird selbst vom Obersten Gericht in Israel (HCJ) zur Begründung völkerrechtswidriger Deportationen, Zerstörung von Häusern und anderer Entscheidungen als ein juristisches Hilfsmittel verwandt. Nach Ruchama Mar-ton von PHR hat »das Oberste Gericht versagt, die Rechte der Palästinenser hochzuhalten.«

Seit 27 Jahren hat das Sicherheitsestablishment immer wieder betont, daß jeder Zentimeter besetzten Landes lebenswichtig für die Sicherheit Israels sei. Dies war immer eine Schutzbehauptung, um soviel palästinensischen Landes wie nur möglich in Besitz zu nehmen. Insbesondere nach der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« hat die Beschlagnahme unvorstellbare Ausmaße angenommen. So wurden allein im Dezember 1993 36.490 Dunums konfisziert, wie Dalia Habash im Januar-Heft des Magazins »Challenge« berichtet.

Jerusalem gilt als die auf ewig ungeteilte Hauptstadt des Staates. Ein Teil der politischen Klasse hat sich anlässlich des 25. Jahrestages der Vereinigung der Stadt bereitgefunden, den sogenannten »Jerusalem-Bund« (Anhang, S. 353f.) zu unterzeichnen, der vom Obersten Richter Menachem Elon verfaßt worden ist. Mit diesem quasi »heiligen« Vertrag, der zwischen den Unterzeichnern und Jerusalem geschlossen worden ist, geben die Unterzeichner vor, im Namen aller Juden auf der Welt zu handeln. Abgesehen von der Tatsache, daß man keinen Vertrag zwischen Lebenden und einem leb-

losen Objekt abschließen kann, soll dieser Akt primär als ein Signal an die Palästinenser verstanden werden: Vergeßt Ost-Jerusalem!

Dieser »Bund« stellt eine Verbindung zwischen dem himmlischen und weltlichen Jerusalem her. Inbrünstig endet dieser »Vertrag«: »Wir werden dich für immer an uns binden, mit Treue, Rechtschaffenheit und Gerechtigkeit, mit unerschütterlicher Liebe und Erbarmen. Wir lieben dich, Jerusalem, mit immerwährender Liebe, mit grenzenloser Liebe, belagert und befreit vom Joch der Unterdrücker. Wir sind für dich gemartert worden; wir haben uns nach dir gesehnt, wir haben an dir festgehalten. Unsere Treue zu dir werden wir an unsere Kinder weitergeben. Für immer und ewig soll unsere Heimat in dir sein.« Die Nachricht an die Palästinenser ist unmißverständlich: Wir, die die politische, wirtschaftliche und religiöse Macht besitzen, werden in Ost-Jerusalem bleiben und entscheiden, wer dort leben darf und wer nicht.

Dieser religiös politischen Rhetorik erteilt Leibowitz in einem Interview mit dem Magazin »Challenge« eine deutliche Absage. Weder Jerusalem noch der Staat Israel habe irgendeine spirituelle Bedeutung für Juden. Israel sei kein jüdischer Staat, weil in ihm eine große Minderheit von Nichtjuden lebe. Es gebe keinen Unterschied zwischen Jerusalem und dem Rest des Landes. Die relative Bedeutung Jerusalems für das Judentum wird aus einem Gespräch Nahum Goldmanns mit einem Rabbiner deutlich, über das er in seinem Buch »Das jüdische Paradox« berichtet. Goldmann fragte den Rabbiner: »Ist es ein religiöses Gesetz, die Altstadt in Jerusalem mit aller Macht behalten zu wollen?« Der Rabbiner antwortete: »Es ist eine Absurdität. Das oberste Gesetz des Judentums ist die Achtung vor dem eigenen Leben, außer in zwei Fällen: wenn man sie dazu zwingt, Gott zu verleugnen oder einen Menschen umzubringen. Dann müssen sie den Tod wählen. Aber ansonsten ist es das wichtigste, das Leben zu erhalten. Das Leben eines einzigen Soldaten zu opfern, um Jerusalem zu erobern, verstößt gegen das jüdische Gesetz.«

Viele Intellektuelle halten die Besetzung für ein moralisches Übel, das tiefe Spuren in der israelischen Gesellschaft hinterlassen hat. Sie sind nicht mehr bereit, die Auswirkungen länger hinzunehmen, weil sie das gesamte israelische Wertesystem untergraben. Der Rabbiner David Forman von den RHR, der vor 24 Jahren aus den USA nach Israel eingewandert ist, meint: »Angenommen wir müssen die besetzten Gebiete behalten, den Palästinensern die Menschenrechte verwehren und bis an die Zähne bewaffnet sein. Falls so die Zukunft aussieht, bin ich nicht sicher, ob ich hier bleiben werde. Einen Staat aufrechtzuerhalten, der die Menschenrechte verwehrt, ist

kein jüdischer Staat mehr.« Der Direktor von RHR, Ehud Bändel, betont die moralischen Auswirkungen auf die eigene Gesellschaft: »Die Besetzung schädigt unseren Charakter.« Er glaubt, daß »wir alle schuldig sind. Es gibt hier einfach schreiendes Unrecht, und es ist klar, daß die Palästinenser Opfer einer Realität geworden sind, für die wir verantwortlich sind.«

Hat sich die Situation der Menschenrechte durch die »Prinzipienerklärung« und das »Gaza-Jericho-Abkommen« zum Positiven verändert? Gehört die Kritik an den Menschenrechtsverletzungen durch Israel der Vergangenheit an und somit auf den Müllhaufen der Geschichte? Wird diese »Prinzipienerklärung« den Frieden im Nahen Osten und einen Palästinenserstaat bringen? Widerfährt den Palästinensern durch das Abkommen Gerechtigkeit? Mit diesem ersten Schritt wurde nur der gordische Knoten durchschlagen, die jahrzehntelange Mauer der Sprachlosigkeit eingerissen und das Prinzip der Zweistaatlichkeit grundsätzlich anerkannt. Trotzdem kann keine Entwarnung gegeben werden. Nach übereinstimmender Meinung aller Repräsentanten der israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen hat sich an der Lage der Menschenrechte vor Ort grundsätzlich nichts geändert - abgesehen von jenen Gebieten, aus denen Israel seine Truppen verlegt (Gaza-Streifen) oder abgezogen (Jericho) hat -, ja die Lage habe sich in einigen Bereichen sogar noch verschärft, wie zum Beispiel durch die Tötung von Palästinensern durch das Militär und die »Spezialeinheiten«. Noch immer werden Palästinenser gefoltert, Häuser zerstört und versiegelt, »gesuchte Personen« gejagt und liquidiert, Siedlungen errichtet und alte ausgebaut, Land beschlagnahmt, Baugenehmigungen verweigert, Kollektivstrafen wie Ausgangssperren verhängt und Administrativhaft angeordnet. Die totale Abriegelung der besetzten Gebiete, die seit dem 30. März 1993 in Kraft ist, wurde noch verschärft und hat verheerende wirtschaftliche Auswirkungen auf die Bewohner, das Recht auf Familienzusammenführung wird als Privileg angesehen, die Militärgerichte fällen weiter Urteile aufgrund dubioser Beweise u.v.m. Positiv ist nur der Rückgang der gewaltsamen Zusammenstöße und der Tötungen von seiten des israelischen Militärs.

Es wäre naiv anzunehmen, daß das seit hundert Jahren begangene Unrecht, das Leid und die Wunden, die sich beide Seiten geschlagen haben, der Haß, der tief im Bewußtsein der Menschen sitzt, die gegenseitige Dehumanisierung in Form von Zerrbildern wie »Zionisten« und »Imperialisten« hier, »Terroristen« und »Mördern« dort durch dieses Abkommen aus der Welt geschafft worden wäre. Die Abkommen regeln nichts Wesentliches; noch lösen sie auch nur ein einziges Problem. Sie sprechen viel von Kon-

trolle und einer »starken« Polizei und zu wenig von Demokratie. Dies zeigte sich auch darin, daß auf israelischer Seite hohe Generäle die verschiedenen Verhandlungsdelegationen leiteten. Die Nachricht an die Palästinenser sollte klar sein: Israel ist primär an seiner Sicherheit und der der Siedler interessiert, alles andere ist zweitrangig und wird gemäß israelischen Sicherheitsinteressen definiert. Die palästinensische Polizei wird 9000 Mann umfassen, die mit einigen leicht gepanzerten Fahrzeugen ausgerüstet und bewaffnet sein werden. Arafat wollte ursprünglich eine Truppe von 20.000 bis 30.000 Mann unter anderem für Paradezwecke aufstellen. Auch in dieser Frage mußte er kleinbegeben. Trotz dieser Einigung wurden alle Knackpunkte zwischen Israel und den Palästinensern ausgeklammert. Bei diesem Abkommen und seinen am 4. Mai 1994 in Kairo unterzeichneten Folgevereinbarungen handelt es sich um keines zwischen gleichberechtigten Partnern. Sie sind asymmetrisch und dienen Israel dazu, internationale Legitimation zu erhalten, ohne die Lage der Palästinenser substantiell verbessert zu haben. Die Beseitigung dieser Ungleichbehandlung sieht die ehemalige Sprecherin der palästinensischen Verhandlungsdelegation, Hanan Ashrawi, als Voraussetzung dafür an, daß die Wunden heilen können, wie sie in einem Interview mit der »Wochenpost« vom 7. April 1994 betonte.

Die »Prinzipienerklärung« enthält verschiedene Aspekte, die eine unterschiedliche Wertigkeit besitzen.

Obwohl das Abkommen nicht die nationalen Rechte der Palästinenser erwähnt, ist es trotzdem das erste Mal, daß Israel offiziell die Palästinenser und ihre legitimen Rechte anerkannt hat. Das Abkommen legt den Grundstein für ein palästinensisches Gebilde, das Arafat bei seinem ersten Bonn-Besuch im Dezember 1993 als Staat bezeichnet hat. Die »Prinzipienerklärung« enthält die potentielle Möglichkeit für Zusammenarbeit und Koexistenz und den historischen Kompromiß zwischen beiden Völkern. Um dies auszuschöpfen, müssen beide Partner aber mit lauterer Absichten seine Umsetzung betreiben.

Durch den Abzug und die Umgruppierung der Truppen von Gaza und Jericho gibt Israel nach 27 Jahren erstmals ideologische und praktische Positionen auf, die bisher immer als irreversibel galten.

Als Ziele sind eine palästinensische Interimregierung und ein demokratisch gewählter Rat für eine Übergangszeit von höchstens fünf Jahren angestrebt. Nach dieser Zeit soll es dann zu einer permanenten Vereinbarung auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 kommen.

Die Abhaltung von Wahlen unter internationaler Kontrolle soll einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Realisierung der legitimen Rechte

des palästinensischen Volkes und deren gerechter Forderungen sein. Die Teilnahme der Palästinenser aus Ost-Jerusalem ist zugesichert, aber es werden nicht die konkreten Bedingungen genannt; so können sie mitwählen, aber nicht gewählt werden.

Bei der Übergabe der Macht muß zwischen Gaza und Jericho einerseits und dem Rest der Westbank und Ost-Jerusalem andererseits unterschieden werden. Im ersteren Falle wird alle Gewalt auf die Palästinenser übertragen. Den Rest der Westbank betreffend, soll auf den Gebieten Kultur, Gesundheit, direkte Besteuerung, Dienstleistungen und Tourismus die Macht an Palästinenser übertragen werden.

Was die Jurisdiktion anbelangt, spricht das Abkommen von einer Einheit des Gaza-Streifens und der Westbank, deren Unverletzlichkeit erhalten bleiben soll. Die Palästinenser wollen Ost-Jerusalem darin eingeschlossen wissen, die Israelis dagegen nicht.

Die entgeltigen Verhandlungen über den Status werden nach zwei Jahren vom Beginn der Interimsperiode gerechnet beginnen, was obligatorisch ist. Die palästinensische Seite muß hier auf Eile drängen, weil sonst zu befürchten ist, daß die Israelis den Status weiter zu ihren Gunsten verändern werden, was im Falle des Großraums Jerusalem schon kräftig geschieht.

Folgende Aspekte sind jedoch schwerwiegender als die bereits genannten. Eine politisch, wirtschaftlich und moralisch stark angeschlagene PLO-Führung hat mit der Unterzeichnung der »Prinzipienerklärung« den hundertjährigen Anspruch des Zionismus auf »Eretz Israel« (Land Israel) und die damit verbundene Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft anerkannt und zugegeben, daß ihr dreißigjähriger nationaler Widerstand »Terrorismus« war, daß jene Artikel in der palästinensischen Charta zu streichen sind (28 von 33), die explizit oder andeutungsweise zur Vernichtung Israels aufriefen, daß der Terror und die Terroristen zu bekämpfen seien. (Die Anerkennung des Existenzrechtes Israels im November 1988 in Algier durch die PLO implizierte bereits die Außerkraftsetzung der palästinensischen Nationalcharta.) Die PLO hat des weiteren Israel das Tor zu den Märkten der arabischen Länder aufgestoßen, der Besetzung den Anschein der Legalität gegeben und die arabische Anerkennung Israels eingeläutet. Israels Isolation in der Region ist damit aufgehoben, was als positiv zu bewerten ist.

Dieses Abkommen stellt nach der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 den größten Erfolg israelischer Diplomatie dar. Es war eine diplomatische Glanzleistung von Ministerpräsident Yitzhak Rabin und Außenminister Shimon Peres, wobei letzterem wohl das größere Verdienst zukommen

dürfte. Israel brauchte nicht einmal anzuerkennen, daß es Besatzungsmacht ist. Dieser völkerrechtswidrige Zustand wurde niemals von der internationalen Staatengemeinschaft ernsthaft in Frage gestellt, ja selbst die PLO hatte ihn durch das Abkommen auch noch sanktioniert. Israel konnte alle seine Vorstellungen durchsetzen. Dies ist auch ein Zeichen dafür, daß die Verhandlungsposition Arafats schwach gewesen sein muß. Die »Prinzipienerklärung« geht sogar noch hinter die Madrider Formel vom »Land gegen Frieden« zurück. Yassir Arafat und die Reste seiner PLO müssen sich schon deshalb heute fragen lassen, ob sie in drei Jahren über die Modalitäten der »Bantustanisierung« mit Israel verhandeln wollen. Das israelische Autonomiekonzept sieht nämlich nur eine Autonomie für die Menschen, nicht aber für die Gebiete vor. Wenn das Abkommen und seine Umsetzungsmodalitäten den Palästinensern nicht einen gerechten Anteil an der Macht und wirkliche Souveränität garantieren, wird es weder zum Frieden noch zu einem Palästinenserstaat führen, wie einige Optimisten der Öffentlichkeit immer noch einreden wollen. Seinen Pessimismus hat Haider Abdel Shafi am 8. Dezember 1993 in der »taz« zum Ausdruck gebracht: »Ich glaube nicht, daß es jemals zu einem palästinensischen Staat kommen wird.«

Einer vernichtenden Kritik unterzog Meron Benvenisti in »Ha'aretz« vom 12. Mai 1994 das Abkommen. Neben der Phraseologie und bewußten Desinformation müsse man sehen, daß »Israels Sieg total war und die palästinensische Niederlage verächtlich«. Alle Vorschläge, die Ariel Sharon vor 14 Jahren Ägypten gemacht und die das Land abgelehnt habe, seien jetzt von Arafat im »Anhang über Sicherheit« akzeptiert worden. Das Abkommen sei nichts anderes als die Rechtfertigung des Status quo in den besetzten Gebieten, so Benvenisti. Einer noch vernichtenderen Kritik unterzog die Professorin für Linguistik und Literatur an der Universität von Tel Aviv, Tanya Reinhart, in der Wochenendbeilage von »Ha'aretz« vom 27. Mai 1994 die Vereinbarungen zwischen Israel und der PLO. Sie wendet sich gegen den Vergleich vom Ende der Apartheid in Südafrika und dem »Gaza-Jericho-Abkommen« und stellt fest, »das Abkommen mit der PLO erinnert eher an den Beginn der Apartheid als an deren Ende«. Ihr Vergleich der autonomen Gebiete mit den Homelands in Südafrika ist sehr überzeugend, weil deren Ähnlichkeit so frappierend ist. »Die Lage, die durch das »Gaza-Jericho-Abkommen« geschaffen worden ist, ... ist fast identisch.«

Der Vorteil dieser Vereinbarungen liegt für Israel darin, daß es die unangenehmen Seiten des unregierbaren Gaza-Streifens so billig losgeworden ist, ohne dafür einen entsprechenden politischen Preis zu zahlen. Das einzige »substantielle« Zugeständnis Israels ist der direkte Dialog mit der PLO.

Die Schwäche Arafats kommt auch darin zum Ausdruck, daß es ihm nicht gelungen ist, für die Übernahme des Gaza-Streifens den totalen Abzug Israels und die Auflösung der israelischen Siedlungen in einem Zeitraum von zum Beispiel zwei bis drei Jahren erreicht zu haben; dies wäre eine substantielle Konzession gewesen. Das Gegenteil ist eingetreten: Die palästinensischen Behörden haben über die 5400 Siedler im Gaza-Streifen keinerlei Autorität. Sie werden vom israelischen Militär bewacht. Die Siedlungen sind quasi exterritorial; ihnen steht weiterhin der halbe Gaza-Streifen zur Nutzung zur Verfügung. Auf dem verbleibenden Rest tummeln sich 800.000 Palästinenser. Es gelten zwei verschiedene Rechtssysteme weiter. Nur ein geringer Teil der Militärerlasse wurde außer Kraft gesetzt. Die Verhandlungen um die Konkretisierung der »Prinzipienerklärung« haben gezeigt, daß man kaum in der Lage war, Petitesse wie die Größe Jerichos, die Kontrolle über die Grenzen oder die Umgruppierung der Truppen zu lösen. Israel behält sich das alleinige Recht vor, über Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaft und alle Belange der nationalen Sicherheit zu bestimmen. Bei all diesen Punkten mußte die PLO letztendlich die leicht modifizierte Position Israels akzeptieren. Um wieviel schwerer wird es erst, wenn in drei Jahren über Wesentliches verhandelt werden soll. Zweifel sind angebracht, ob es jemals zu diesen Verhandlungen kommen wird, obwohl sie im Abkommen vertraglich festgelegt sind. Sollte es Israel gelingen, mit Syrien eine Übereinkunft zu erzielen, wird das Palästinenserproblem zu einer völligen Marginalie.

Wenn die Frage der Siedlungen, die Rückkehr der Flüchtlinge, Jerusalem, die Eigenstaatlichkeit, die Enteignungen, die Entschädigung u.v.m. in drei Jahren auf der Tagesordnung stehen sollten, verfügt die PLO über keinerlei Druckmittel, um von Israel auch nur Minimalkonzessionen erreichen zu können. Die Palästinenser werden auf den guten Willen Israels angewiesen sein, und dieser zählt in den internationalen Beziehungen wenig, wo es um die Durchsetzung von Interessen geht. Sollte es Arafat nicht gelingen, Ruhe und Ordnung unter seinen Landsleuten herzustellen, hat Israel alle Optionen auf seiner Seite. Für diese Situation hat Ministerpräsident Rabin bereits die Rückkehr Israels angekündigt. Somit ist Arafat gezwungen, zusammen mit der israelischen Armee und dem Geheimdienst, den Widerstand gegen das Abkommen niederzuschlagen. Die Konsequenzen einer solchen Kooperation könnten die Einschränkung der Freiheit, die Unterdrückung der Opposition, sprich der Intifada und der Opposition gegen das Abkommen, und schließlich eine Diktatur sein. Die Menschenrechtsorganisationen befürchten zu Recht, daß jetzt die Zeit beginnt, wo Palästinenser die Men-

schenrechte von Palästinensern verletzt werden, aber dann ohne die Möglichkeit der Appellation an das Oberste Gericht in Israel. Die Menschenrechtsverletzungen von selten Israels in der Westbank werden — solange die Besetzung fort dauert - weitergehen, weil das Abkommen die Situation dort nur unwesentlich tangiert. Wie berechtigt die Sorgen der Menschenrechtsorganisationen sind, zeigt die Tatsache, daß Arafat nichts Wichtigeres zu tun hatte, als Mitte Mai die Gründung eines palästinensischen Geheimdienstes bekanntzugeben, der von General Mosbah Hanafli Rushdie Sakr geführt werden soll. Nur Arafat habe gewußt, daß Sakr lebe und 27 Jahre in Israel untergetaucht war, so die »SZ« vom 25. Mai 1994.

Israels Motive bei der Ausgestaltung der Vereinbarungen lagen primär auf dem Gebiet der Sicherheit. Dies machte Ministerpräsident Rabin in der Zeitung »Yediot Aharonot« vom 3. September 1993 deutlich. »Ich hoffe, daß wir einen Partner finden, der die Verantwortung über die internen Probleme in Gaza übernimmt und mit ihnen fertig wird, ohne Probleme durch das Oberste Gericht, Btselem und alle >blutenden Herzen< zu machen.« Der Knessetabgeordnete und Vorsitzende des Auswärtigen - und Sicherheitsausschusses, General Uri Or, erklärte am 1. September 1993 im israelischen Militärrundfunk: »Zum ersten Mal wurde eine Situation geschaffen, in der jemand anderer die israelischen Sicherheitsinteressen teilt.« Dem pflichtete der Arafat-Berater Bassam Abu Sharif am 3. September 1993 im israelischen Fernsehen bei. »Wir werden im Kampf gegen den Terrorismus zusammenarbeiten.« Und am 2. September 1993 wird auf der Titelseite von »Yediot Aharonot« der Washingtoner Journalist Shimon Shiffer mit den Worten zitiert: »Der Geheimdienst und die PLO werden zusammen für die Sicherheit in Gaza sorgen.«

Des weiteren gibt das Abkommen auch keinerlei Orientierung, wohin die Reise gehen wird. »Interim« - so befürchten auch viele Israelis - wird gleichzeitig der Endzustand sein. Warum wurden keinerlei Verbindungen zwischen diesen beiden Phasen aufgezeigt? Die Zukunft für die Palästinenser bleibt somit völlig offen. Israels Politik der Schaffung vollendeter Tatsachen geht inzwischen unvermindert weiter. So plant die Regierung ein neues Straßennetz für die Westbank, das alle jüdischen Siedlungen miteinander verbindet und die palästinensischen Orte umgeht.

Das Abkommen hat die Verhandlungsposition Israels wenigstens für die Zukunft gestärkt, weil das Land zu seiner Vor-Madrid-Formel zurückgefunden hat. Der Ausbruch der PLO aus der arabischen Koalition hat die Grundlagen für ein Junktim zwischen dem jordanischen und syrischen Abkommen zerstört und die PLO isoliert. Positiv ist das Ausscheren der PLO

aus der arabischen Front für Syrien und die anderen auch deshalb, weil sich die Anrainerstaaten Israels jetzt auf ihre eigenen nationalen Interessen berufen können, ohne immer die palästinensischen mitberücksichtigen zu müssen.

Bedeutet das Abkommen nur die alte Okkupation in einem neuen Gewand? Die Frage ist, welcher Grad der Autonomie erreicht wird. Ist es nur eine Selbstverwaltung des Mülls und der Abwässer oder umfaßt sie alle Aspekte des Lebens? Wie die Abkommen zeigen, werden die Palästinenser nicht die Kontrolle über die Grenzübergänge erhalten. Diese Form der Autonomie schließt noch nicht einmal das Recht der Palästinenser ein, das Aufenthaltsrecht ihrer eigenen Bevölkerung allein bestimmen zu können. Wer ein- und ausreist, wird also von der Entscheidung Israels abhängen. Die Palästinenser können ohne die Zustimmung Israels nichts selbständig entscheiden. Dan Diner schrieb in seinem Buch »Keine Zukunft auf den Gräbern« nach dem Massaker in Sabra und Shatila 1982 in Beirut Sätze, die immer noch Gültigkeit besitzen. »Es kann keine moralisch und politisch begründbare jüdisch-israelische Existenz auf Kosten ... der Palästinenser geben.« Ist Israel wirklich ernsthaft bereit, eine gemeinsame Perspektive und Zukunft mit den Palästinensern und vice versa zu entwickeln? Demzufolge ist diese Art der Autonomie nur eine modifizierte Variante der Okkupation. Ob sich dadurch die Lage der Menschenrechte der Palästinenser verbessern wird, bleibt abzuwarten. Die Warnung des ehemaligen Leiters der palästinensischen Delegation, Haidar Abdel Shafi, daß »die Verzweiflung sehr grausam sein wird, falls die Erwartungen der Menschen nicht befriedigt werden«, sollte ernstgenommen werden.

Langsam setzt sich unter den Palästinensern die Überzeugung durch, daß sie zu den Verlierern der Abkommen zählen. Sie bedeuten die Festschreibung der Palästinenser auf dem Niveau sozialer Unterwerfung ohne eine positive Perspektive. Je länger die Verhandlungen dauerten, desto geringer war die Zustimmung der Bevölkerung. Wie das Massaker auf betende Muslime in der Ibrahim-Moschee in Hebron und die als Vergeltung erfolgten Terroranschläge in Afula und Hadera in Israel zeigen, haben es sich die radikalen Gruppierungen auf beiden Seiten zum Ziel gesetzt, das Abkommen zu Fall zu bringen und den Verhandlungsprozeß zu stoppen; dies darf ihnen aber nicht gelingen. Die Rückkehr zum Status quo ante kann nicht die Alternative sein. Der Prozeßcharakter dieses Prozesses muß positiv genutzt werden. Daß weitere Demütigungen Arafats nicht im Interesse Israels liegen können, haben Außenminister Shimon Peres und Umweltminister Yossi Sarid erkannt. Letzterer forderte noch Mitte Februar 1994, daß ein

starker Arafat im Interesse Israels sei. Das israelische Fernsehen zitierte Peres mit den Worten: »Wir dürfen Arafat nicht zu sehr schwächen, sonst ist er nicht in der Lage, Gaza und Jericho zu regieren.« Wird er dies unter den Bedingungen der Abkommen jemals sein?

Mit dieser Untersuchung soll nicht die Tatsache des palästinensischen Widerstandes und Terrorismus' bis heute gegenüber Israel geleugnet werden. Durch ihn sind zahllose Israelis unschuldig zu Tode gekommen, und der 46jährige Existenzkampf des Staates Israel hat zirka 18.000 Soldaten das Leben gekostet. Dieser permanente Ausnahmezustand kann jedoch nicht als Rechtfertigung für eine Demokratie dienen, die Menschenrechte der Palästinenser jahrzehntelang zu verletzen. Auch das palästinensische Volk hat ebenso zahllose Tote und über eine Million Flüchtlinge durch diesen Konflikt zu beklagen.

Sind wir Deutsche aufgrund unserer Vergangenheit berechtigt, Kritik an der israelischen Menschenrechtspolitik zu üben? Von einigen Israelis wird Deutschland jedes Recht der Kritik an seiner Politik gegenüber den Palästinensern abgesprochen. Die besonderen Beziehungen zwischen beiden Staaten sind jedem verantwortungsbewußten Menschen in Deutschland bewußt und können nicht ohne unsere tragische Vergangenheit verstanden werden. »Die Erben der Opfer und die Erben der Mörder gehören zusammen und sind aufeinander angewiesen«, wie es Yehuda Bauer von der Hebräischen Universität in Jerusalem nennt. Daraus resultiert eine schicksalhafte Verbindung. Wir Deutschen stehen in einer besonderen Haftung für unsere Vergangenheit und deshalb auch für die Zukunft. Konkret heißt dies, daß aus unserer Geschichte eine Verantwortung für das Wohlergehen Israels, aber auch für das der Palästinenser erwächst, weil sie die direkt Betroffenen der israelischen Politik sind. Uns kann ihr Schicksal nicht gleichgültig sein. Obwohl wir am Leid der Palästinenser unschuldig sind, erwächst aus unserer Vergangenheit auch für sie eine besondere Verantwortung. Demzufolge müssen wir die einzige Demokratie des Nahen Ostens überall dort kritisieren, wo rechtsstaatliche Standards und die Menschenrechte verletzt werden. Neben dieser Kritik darf es deutscherseits keinerlei Frage geben, daß wir in politisch schwierigen Zeiten Israel unterstützen müssen. Leider haben wir diesen Test im Golfkrieg nicht bestanden. Die anschließenden Reisen deutscher Politiker mit Schecks in ihrem Gepäck hinterließen in Israel nur einen fahlen Nachgeschmack. Mit der gleichen Konsequenz, mit der wir uns für das Existenzrecht Israels einsetzen müssen, sollten wir aber auch für die Einhaltung der Menschenrechte der Palästinenser eintreten und auf Israel in diesem Sinne einwirken.

Die Kritik an Menschenrechtsverletzungen gilt universal. Kritik am völkerrechtswidrigen Verhalten Israels und der Verletzung der Menschenrechte der Palästinenser hat nichts mit AntiJudaismus oder Antisemitismus zu tun. In ihrer Autobiographie »Zorn und Hoffnung« forderte die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer die Deutschen auf, »nicht mehr zu diesen Vorgängen zu schweigen und trotz eines möglichen Antisemitismusvorwurfs sich von Israel nicht länger moralisch erpressen zu lassen. So will Israel die Stimme des Gewissens, die sich gegen unsere Vergehen an den Palästinensern erhob, zum Schweigen bringen - durch Erinnerung an die Verbrechen, die die Nazis uns gegenüber begangen hatten. So lautet der Haupteinwand Israels: »Mit eurer Vergangenheit habt ihr kein Recht, uns Moral zu lehren.« Oder Yvonne Deutsch von den »Frauen in Schwarz« in »Publik Forum« vom 4. Juni 1993: »Die Friedensbewegung in USA und in Europa muß versuchen, über die öffentliche Meinung und die Regierungen Druck auf Israel auszuüben. Die Deutschen haben damit ein besonderes Problem. Aber sie müssen lernen, wie man mit dem Vorwurf des Antisemitismus umgeht. Kritik an der Politik Israels hat mit Antisemitismus nichts zu tun. Es ist an der Zeit, den Holocaust und Israel voneinander zu trennen. Die Vernichtung der Juden ist das eine, die Verfolgung der Palästinenser das andere. Wer das ein verurteilt, kann zum anderen nicht schweigen.« Ähnlich äußerte sich Yeshayahu Leibowitz in einem Fernsehinterview. Trotz Holocaust und der vielfältigen Schandtaten, die das jüdische Volk in seiner Geschichte erleiden mußte, werde es nicht von der Verantwortung für die Taten enthoben, die es während seiner 27 Jahre dauernden Besatzungsherrschaft gegenüber den Palästinensern begangen habe. Das Vergangene könne nicht mit dem Gegenwärtigen aufgerechnet werden.

Daß Israel auf Kritik aus Deutschland besonders sensibel reagiert, ist nur zu verständlich. Insbesondere durch die vulgär-nationalistischen Exzesse gegenüber ausländischen Mitbürgern und den wiederaufkeimenden antisemitischen Anschlägen und Schmierereien ist man in Israel sehr beunruhigt und äußert zu Recht Kritik daran. Die Brandanschläge auf türkische Wohnungen, Ausländerwohnheime und eine Synagoge in Lübeck sind alarmierende Zeichen und eine Schande für Deutschland. Uns sollte dadurch deutlich geworden sein, daß wir mit Andersgläubigen und unseren ausländischen Mitbürgern in humanerer Weise als bisher umgehen müssen. Daraus sollte eine Haltung für die Zukunft resultieren, die konsequent gegen Fremdenfeindlichkeit, AntiJudaismus, Rassismus und Nationalismus vorgehen muß.

Ist uns Deutschen der »kollektive Verdrängungsmechanismus« durch das Abkommen entwendet worden, wie Micha Brumlik in der »taz« vom

14. September 1993 meinte? Wenn die deutsche Linke wirklich der Meinung war, sie hätte mit ihrem Einsatz für die Rechte der Palästinenser einen Nebenkriegsschauplatz eröffnet, an dem sie ihr permanent schlechtes Gewissen abarbeiten konnte, dann war dies in der Tat eine unpolitische Haltung. Durch die Kritik an israelischen und palästinensischen Menschenrechtsverletzungen sollen deutscherseits nicht die Ermordung der sechs Millionen Juden durch Deutsche kompensiert werden. Dies wäre eine Beleidigung der Toten. Kritik ist deshalb berechtigt, weil die Menschenrechte universelle Gültigkeit besitzen, die Kritik an der Verletzung keine Frage des politischen Standorts ist und das Recht nicht geteilt werden kann. Wer mit wachen Augen durch die Westbank und den Gaza-Streifen fährt, dem springt das dort begangene Unrecht unmittelbar ins Auge; dazu zu schweigen, wäre unverantwortlich. Auf diesen Sachverhalt hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Horst Sielaff im »Sozialdemokratischen Pressedienst« vom 20. April 1994 aufmerksam gemacht.

Israel hat gegenüber den sie umgebenden arabischen Despotien den großen Vorteil, daß es seine zahlreichen Menschenrechtsorganisationen frei und unbehelligt arbeiten läßt, ja es arbeitet sogar partiell mit einigen von ihnen zusammen. Israel kann mit Recht stolz auf seine Demokratie sein, obwohl ohne »liberale Tradition«, wie Shulamit Aloni hervorhebt. Um so mehr sollte das Land darauf achten, auch die Palästinenser an diesen demokratischen Spielregeln teilhaben zu lassen. Ein demokratisches Land wird daran gemessen, inwieweit es sich an rechtsstaatliche Regeln hält und mit seinen Minderheiten umgeht, oder im Falle Israels, wie es seine palästinensischen Staatsbürger und jene Palästinenser behandelt, über die es eine Besatzungsherrschaft ausübt.

So hat auf einem Symposium der »Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission« im Oktober 1979 in Jerusalem der ehemalige Oberste Richter Gabriel Bach die Tatsache, daß die Palästinenser aus den besetzten Gebieten, wenn ihnen Unrecht geschehe, an das Oberste Gericht in Israel wenden könnten, als Beweis dafür genommen, »daß die Wahrung der Menschenrechte auch in diesen Gebieten in keiner Weise gefährdet ist«. Diese These war bereits zum Zeitpunkt ihrer Formulierung falsch. Die Entscheidungen des Obersten Gerichts widersprechen eher dieser These, weil in fast allen Fällen gegen die Palästinenser entschieden wird, wie die Urteile in bezug auf Deportationen und die Zerstörung von Häusern zeigen. Als Demokratie wird Israel deshalb mit anderen Maßstäben gemessen.

Im folgenden Kapitel werden nur die wichtigsten Ereignisse des israelisch-palästinensischen Konfliktes behandelt; ihn in seiner ganzen Komple-

xität darzustellen, war nicht das Ziel und zentrale Anliegen der Arbeit. Dies ist in anderen Veröffentlichungen in aller Ausführlichkeit geschehen. Der Einstieg mit dem Zionismus wurde deshalb gewählt, weil es ohne diese geistige Bewegung wohl keinen israelischen Staat gegeben hätte. Wie kontrovers der Zionismus auch unter den Juden diskutiert wurde und wie zentral er für das Verständnis des Konfliktes immer noch ist, soll im Ansatz deutlich werden.